

<p>STELLUNGNAHME zum Ergänzungsantrag</p> <p>Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)</p> <p>vom: 20.05.2011 eingegangen: 20.05.2011</p>	<p>Gremium:</p> <p>Termin: Vorlage Nr.: TOP:</p> <p>Verantwortlich:</p>	<p>24. Plenarsitzung Gemeinderat</p> <p>24.05.2011 740 3 öffentlich Dez. 2</p>
<p>Zukunftskonferenz Wohnungsmarkt Karlsruhe - Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen</p>		

Die Verwaltung nimmt zum Ergänzungsantrag wie folgt Stellung:

<p>Finanzielle Auswirkungen des Antrages nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/></p>			
<p>Gesamtkosten der Maßnahme</p>	<p>Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)</p>	<p>Finanzierung durch städtischen Haushalt</p>	<p>Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatori- schen Kosten abzügl. Folgeer- träge und Folgeeinsparungen)</p>
<p>Ergänzende Erläuterungen:</p>			
<p>Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant</p>	<p>nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/></p>	<p>Handlungsfeld:</p>	
<p>Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)</p>	<p>nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/></p>	<p>durchgeführt am</p>	
<p>Abstimmung mit städtischen Gesellschaften</p>	<p>nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/></p>	<p>abgestimmt mit Volkswohnung GmbH</p>	

Zu Ziffer 1:

Die Stadt Karlsruhe tritt an die Landesregierung heran, umgehend ein Landeswohnungsbauprogramm für erschwingliche Mietwohnungen in städtischen Ballungsräumen neu aufzulegen. Dieses Landeswohnungsbauprogramm muss finanziell so ausgestattet sein, dass preiswerter und mietpreisgebundener Wohnraum entsprechend der Nachfrage neu geschaffen werden kann.

Ein neues Landeswohnungsbauprogramm für erschwingliche Wohnungen wäre begrüßenswert. Es stellt sich hier aber die Frage der grundsätzlichen politischen Orientierung. Eine alleinige Intervention der Stadt Karlsruhe hätte vermutlich wenig Erfolgsaussichten. Hier sollten vielmehr Bemühungen von Seiten des Städtetages erfolgen.

Zu Ziffer 2:

Der Gemeinderat empfiehlt der Volkswohnung, entsprechend ihrem Gesellschaftszweck (Schaffung bezahlbaren Wohnraums für breite Schichten) den Anteil preisgebundener Mietwohnungen innerhalb ihres Bestands zu erhalten bzw. zu erhöhen.

Die Volkswohnung unterstützt eine Modifizierung des Wohnraumförderungsgesetzes. Nur mit einer Verbesserung der Förderstruktur und -inhalte wäre es möglich, die Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen im Bestand zumindest aufrecht zu erhalten (z. B. durch freiwillige Weiterführung). Freiwillige Verpflichtungen hat die Volkswohnung bereits übernommen, bspw. dass 10 % der ab 2010 erstellten Neubauwohnungen als „gefördert“ vermietet werden.

Zu Ziffer 3:

Die Stadt tritt an Träger noch mietpreisgebundener Mietwohnungsbestände heran mit dem Ziel, dass diese auslaufende Mietpreisbindungen freiwillig weiterführen.

Aufgrund unserer Erfahrungen mit den Trägern der mietpreisgebundenen Wohnungen geben wir dem Vorschlag auf freiwillige Weiterführung der Mietpreisbindungen (ohne Gegenleistung) wenig Erfolgsaussichten.

Die Vermieter erhöhen nach bisheriger Beobachtung nicht die Mieten bis zur Höchstgrenze, geben aber einen Erhöhungsspielraum nicht freiwillig auf.

Zu Ziffer 4:

In den Empfehlungen zum Handlungsfeld „Preiswerter Wohnraum“ wird die Empfehlung „und eine generelle Deregulierung des Mietrechts, um so Vermietungen wieder attraktiver zu machen“ vom Gemeinderat nicht übernommen, d. h. gestrichen.

Die Forderung nach Deregulierung des Wohnungsmarktes wurde im Handlungsfeld „Preiswerter Wohnraum“ insbesondere von der Immobilienwirtschaft gefordert.

Der eindeutige politische Wille hin zu einer allgemeinen Deregulierung ergibt sich z. B. auch aus dem Landeswohnraumförderungsgesetz im Zusammenhang mit der Abschaffung der Kostenmiete im sozialen Wohnungsbau.